



Brüssel, den 2. Mai 2022
(OR. en)

8634/22

PUBLIC 26
INF 63

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES –
FEBRUAR 2022

Dieses Dokument enthält eine Aufstellung der vom Rat im Februar 2022 angenommenen Rechtsakte^{1 2 3}.

Es enthält Informationen zur Annahme von Gesetzgebungsakten, insbesondere

- das Datum der Annahme,
- die entsprechende Tagung des Rates,
- die Nummer des angenommenen Dokuments,
- die Fundstelle im Amtsblatt,
- einen Verweis auf das Protokoll über die Tagung des Rates, auf der der Rechtsakt angenommen wurde.

¹ Zur besseren Übersicht sind die Kurztitel, wie sie in den Tagesordnungen des Rates erscheinen, ebenfalls angegeben (in Kursivschrift).

² Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw., es sei denn, diese wurden im schriftlichen Verfahren angenommen.

³ Nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassene Gesetzgebungsakte tragen möglicherweise ein Datum, das von dem Datum der Ratstagung, auf der sie angenommen wurden, abweicht, da sie erst dann als erlassen gelten, wenn sie vom Präsidenten des Rates und vom Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie von den Generalsekretären der beiden Organe unterzeichnet wurden.

Dieses Dokument ist auch zugänglich über die Website des Rates unter [Monatliche Aufstellung der Rechtsakte des Rates \(Rechtsakte\) – Consilium](#).

Die in der Aufstellung genannten Dokumente können über das öffentliche Register der Ratsdokumente eingesehen werden unter [Dokumente und Veröffentlichungen – Consilium](#).

Ist ein Dokument nicht unmittelbar verfügbar, so kann ein Antrag auf Zugang zu dem Dokument gestellt werden unter

<https://www.consilium.europa.eu/de/documents-publications/public-register/request-document-form/>

Dieses Dokument dient ausschließlich zur Information – maßgebend sind nur die Protokolle des Rates. Diese sind zugänglich über die Website des Rates unter [Ratsprotokolle – Consilium](#).

INFORMATIONEN ZU DEN VOM RAT IM FEBRUAR 2022 ANGENOMMENEN RECHTSAKTEN

3846. Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft und Fischerei) vom 21. Februar 2022 in Brüssel (Protokoll: 6448/22 + ADD 1)

RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER

RECHTSAKT	DOKUMENT
<i>Beschluss des Rates über den Abschluss des Protokolls zur Durchführung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens mit Gabun</i> Beschluss des Rates über den Abschluss des Protokolls zur Durchführung des partnerschaftlichen Fischereiabkommens zwischen der Gabunischen Republik und der Europäischen Gemeinschaft (2021-2026) im Namen der Europäischen Union	9172/21
<i>Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit Island, Norwegen, der Schweiz und Liechtenstein im Hinblick auf den Abschluss von Vereinbarungen über zusätzliche Regeln in Bezug auf den BMVI-Fonds</i> Empfehlung für einen Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Republik Island, dem Königreich Norwegen, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein im Hinblick auf den Abschluss von Vereinbarungen zwischen der Europäischen Union und diesen Staaten über zusätzliche Regeln in Bezug auf das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik im Rahmen des Fonds für integrierte Grenzverwaltung	5981/1/22 REV1

3847. Tagung des Rates der Europäischen Union (Auswärtige Angelegenheiten) vom 21. Februar 2022 in Brüssel (Protokoll: 6450/22 + ADD 1)	
GESETZGEBUNGSAKTE	
RECHTSAKT	DOKUMENT
<i>Beschluss zur Gewährung einer Makrofinanzhilfe für die Ukraine</i> Beschluss (EU) 2022/313 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Februar 2022 über eine Makrofinanzhilfe für die Ukraine ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 4-11	5/1/22 REV 1
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT
<i>Beschluss und Durchführungsverordnung des Rates betreffend restriktive Maßnahmen gegen ISIL (Da'esh) und Al-Qaida und mit ihnen verbündete Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen</i> Beschluss (GASP) 2022/240 des Rates vom 21. Februar 2022 zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2016/1693 des Rates betreffend restriktive Maßnahmen gegen ISIL (Da'esh) und Al-Qaida und mit ihnen verbündete Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen ABl. L 40 vom 21.2.2022, S. 21-22	5675/22
Durchführungsverordnung (EU) 2022/235 des Rates vom 21. Februar 2022 zur Durchführung der Verordnung (EU) 2016/1686 zur Verhängung zusätzlicher restriktiver Maßnahmen gegen ISIL (Da'esh) und Al-Qaida und die mit ihnen verbundenen natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen und Einrichtungen ABl. L 40 vom 21.2.2022, S. 1-2	5677/22
Mitteilung an die Personen und Gruppen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss (GASP) 2016/1693 des Rates, geändert durch den Beschluss (GASP) 2022/240 des Rates, und nach der Verordnung (EU) 2016/1686 des Rates, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2022/235 des Rates zur Verhängung zusätzlicher restriktiver Maßnahmen gegen ISIL (Da'esh) und Al-Qaida und die mit ihnen verbundenen natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen unterliegen ABl. C 85I vom 22.2.2022, S. 1-2	5678/22

Mitteilung an die betroffenen Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss (GASP) 2016/1693 des Rates und nach der Verordnung (EU) 2016/1686 des Rates zur Verhängung zusätzlicher restriktiver Maßnahmen gegen ISIL (Da'esh) und Al-Qaida und die mit ihnen verbundenen natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen und Einrichtungen unterliegen ABl. C 85I vom 22.2.2022, S. 3-4	5678/22
<i>Beschluss und Durchführungsverordnung des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen</i> Beschluss (GASP) 2022/241 des Rates vom 21. Februar 2022 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 40 vom 21.2.2022, S. 23-25	5713/22
Durchführungsverordnung (EU) 2022/236 des Rates vom 21. Februar 2022 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 40 vom 21.2.2022, S. 3-5	5715/22
Mitteilung an die Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2014/145/GASP des Rates, geändert durch den Beschluss (GASP) 2022/241 des Rates, und der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 des Rates, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2022/236 des Rates, über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, unterliegen ABl. C 85I vom 22.2.2022, S. 7-7	5717/22
Mitteilung an die betroffenen Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2014/145/GASP des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, unterliegen ABl. C 85I vom 22.2.2022, S. 8-9	5717/22
<i>Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2018/907 zur Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für den Südkaukasus und die Krise in Georgien</i> Beschluss (GASP) 2022/251 des Rates vom 21. Februar 2022 zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2018/907 zur Verlängerung des Mandats des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für den Südkaukasus und die Krise in Georgien ABl. L 41 vom 22.2.2022, S. 31-32	14856/21

Durchführungsbeschluss und Durchführungsverordnung des Rates über restriktive Maßnahmen gegen Syrien Durchführungsbeschluss (GASP) 2022/242 des Rates vom 21. Februar 2022 zur Durchführung des Beschlusses 2013/255/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Syrien ABl. L 40 vom 21.2.2022, S. 26-27	6111/22
Durchführungsverordnung (EU) 2022/237 des Rates vom 21. Februar 2022 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 36/2012 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien ABl. L 40 vom 21.2.2022, S. 6-7	6113/22
Mitteilung an die Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2013/255/GASP des Rates, durchgeführt durch den Durchführungsbeschluss (GASP) 2022/242 des Rates, und der Verordnung (EU) Nr. 36/2012 des Rates, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2022/237 des Rates, über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien unterliegen ABl. C 85I vom 22.2.2022, S. 10-10	6114/22
Mitteilung an die betroffenen Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2013/255/GASP des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 36/2012 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien unterliegen ABl. C 85I vom 22.2.2022, S. 11-11	6114/22
Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Volksrepublik Bangladesch über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten im Namen der Europäischen Union und über die vorläufige Anwendung dieses Abkommens (irische Sprachfassung)	12911/15
<i>Beschluss des Rates, Durchführungsverordnung des Rates und Verordnung des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Myanmar/Birma</i> Beschluss (GASP) 2022/243 des Rates vom 21. Februar 2022 zur Änderung des Beschlusses 2013/184/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Myanmar/Birma ABl. L 40 vom 21.2.2022, S. 28-39	5700/22
Durchführungsverordnung (EU) 2022/239 des Rates vom 21. Februar 2022 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 401/2013 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Myanmar/Birma ABl. L 40 vom 21.2.2022, S. 10-20	5702/22
Verordnung (EU) 2022/238 des Rates vom 21. Februar 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 401/2013 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Myanmar/Birma ABl. L 40 vom 21.2.2022, S. 8-9	6258/22

Mitteilung an die Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2013/184/GASP des Rates, geändert durch den Beschluss (GASP) 2022/243 des Rates, und der Verordnung (EU) Nr. 401/2013 des Rates, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2022/239 des Rates, über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Myanmar/Birma unterliegen ABl. C 85I vom 22.2.2022, S. 5-5	5709/22
Mitteilung an die betroffenen Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2013/184/GASP des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 401/2013 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Myanmar/Birma unterliegen ABl. C 85I vom 22.2.2022, S. 6-6	5709/22
3848. Tagung des Rates der Europäischen Union (Allgemeine Angelegenheiten) vom 22. Februar 2022 in Brüssel (Protokoll: 6452/22 + ADD 1)	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT
Beschluss über die Inanspruchnahme des EGF (EGF/2022/000 TA 2022 – technische Unterstützung auf Initiative der Kommission)	5875/22
Beschluss über die Inanspruchnahme des EGF (EGF/2021/006 ES/Cataluña automotive)	5872/22
<i>Empfehlung des Rates zur Änderung der Empfehlung (EU) 2020/912 des Rates zur vorübergehenden Beschränkung nicht unbedingt notwendiger Reisen in die EU und möglichen Aufhebung dieser Beschränkung</i> Empfehlung (EU) 2022/290 des Rates vom 22. Februar 2022 zur Änderung der Empfehlung (EU) 2020/912 zur vorübergehenden Beschränkung nicht unbedingt notwendiger Reisen in die EU und möglichen Aufhebung dieser Beschränkung ABl. L 43 vom 24.2.2022, S. 79-83	6159/22

3849. Tagung des Rates der Europäischen Union (Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt)) vom 24. Februar 2022 in Brüssel (Protokoll: 6625/22 + ADD 1)	
GESETZGEBUNGSAKTE	
RECHTSAKT	DOKUMENT
<i>Verordnung zur Änderung der Verordnung (EU) 2020/1429 hinsichtlich der Erhebung von Entgelten für die Nutzung von Eisenbahninfrastruktur</i> Verordnung (EU) 2022/312 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Februar 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 2020/1429 hinsichtlich der Dauer des Bezugszeitraums für die Anwendung vorübergehend geltender Maßnahmen in Bezug auf die Erhebung von Wegeentgelten im Schienenverkehr ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 1-3	3/1/22 REV 1
<i>Standpunkt des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1 zum Gesamthaushaltsplan 2022 (Auswirkungen der Anpassung des MFR 2024-2027 auf den Haushaltsplan 2022)</i> Beschluss des Rates vom 24. Februar 2022 zur Festlegung des Standpunkts des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2022 (2022/C 102/03) ABl. C 102 vom 2.3.2022, S. 3-4	6023/22
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
<i>Beschluss des Rates zur weiteren Verlängerung der mit dem Beschluss (EU) 2020/430 eingeführten befristeten Ausnahme von der Geschäftsordnung des Rates angesichts der durch die COVID-19-Pandemie in der Union verursachten Reisebehinderungen</i> Beschluss (EU) 2022/321 des Rates vom 24. Februar 2022 zur weiteren Verlängerung der mit dem Beschluss (EU) 2020/430 eingeführten befristeten Ausnahme von der Geschäftsordnung des Rates angesichts der durch die COVID-19-Pandemie in der Union verursachten Reisebehinderungen ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 45-46	6273/22

<i>Beschluss und Durchführungsverordnung des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien – Streichung von der Liste</i> Durchführungsbeschluss (GASP) 2022/306 des Rates vom 24. Februar 2022 zur Durchführung des Beschlusses 2013/255/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Syrien ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 95-96	10411/21
Durchführungsverordnung (EU) 2022/299 des Rates vom 24. Februar 2022 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 36/2012 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 1-2	10413/21
<i>Beschluss und Durchführungsverordnung des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus</i> Beschluss (GASP) 2022/307 des Rates vom 24. Februar 2022 zur Änderung des Beschlusses 2012/642/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 97-124	5976/22
Durchführungsverordnung (EU) 2022/300 des Rates vom 24. Februar 2022 zur Durchführung des Artikels 8a der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus ABl. L 46 vom 25.2.2022, S. 3-30	5978/22
Mitteilung an die Personen und Organisationen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2012/642/GASP des Rates und nach der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus unterliegen ABl. C 92 vom 25.2.2022, S. 7-7	5979/22
Mitteilung an die betroffenen Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2012/642/GASP des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus unterliegen ABl. C 92 vom 25.2.2022, S. 8-9	5979/22

Sondertagung des Rates der Europäischen Union (Auswärtige Angelegenheiten) vom 25. Februar 2022 in Brüssel (Protokoll: 6890/22 + ADD 1)	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT
Beschluss und Verordnung des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren Beschluss (GASP) 2022/327 des Rates vom 25. Februar 2022 zur Änderung des Beschlusses 2014/512/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren ABl. L 48 vom 25.2.2022, S. 1-16	6553/22
Verordnung (EU) 2022/328 des Rates vom 25. Februar 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren ABl. L 49 vom 25.2.2022, S. 1-140	6561/22
Beschluss (GASP) 2022/329 des Rates vom 25. Februar 2022 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 50 vom 25.2.2022, S. 1-3	6557/22
Beschluss (GASP) 2022/331 des Rates vom 25. Februar 2022 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 52 vom 25.2.2022, S. 1-44	6565/22
Durchführungsverordnung (EU) 2022/332 des Rates vom 25. Februar 2022 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 53 vom 25.2.2022, S. 1-44	6567/22

Verordnung (EU) 2022/330 des Rates vom 25. Februar 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 51 vom 25.2.2022, S. 1-2	6559/22
Mitteilung an die Personen, Organisationen und Einrichtungen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2014/145/GASP des Rates, geändert durch den Beschluss (GASP) 2022/331 des Rates, und nach der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 des Rates, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2022/332 des Rates, über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, unterliegen ABl. C 98 vom 28.2.2022, S. 1-2	6605/22
Mitteilung an die betroffenen Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2014/145/GASP des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, unterliegen ABl. C 98 vom 28.2.2022, S. 3-4	6605/22
Beschluss des Rates über die teilweise Aussetzung der Anwendung des Abkommens mit der Russischen Föderation über die Erleichterung der Ausstellung von Visa Beschluss (EU) 2022/333 des Rates vom 25. Februar 2022 über die teilweise Aussetzung der Anwendung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Russischen Föderation über die Erleichterung der Ausstellung von Visa für Bürger der Europäischen Union und für Staatsangehörige der Russischen Föderation ABl. L 54 vom 25.2.2022, S. 1-3	6622/22

Schriftliche Verfahren	
Schriftliches Verfahren vom 1. Februar 2022	CM 1497/22
Im Namen der Europäischen Union im Internationalen Kaffeerat zur Ernennung des neuen Exekutivdirektors der Internationalen Kaffeorganisation zu vertretender Standpunkt	5414/22 + COR 1 + COR 2
Schriftliches Verfahren vom 1. Februar 2022	CM 1373/22
Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten – Zweitantrag Nr. 43/c/02/21	
Erklärung Dänemarks, der Niederlande, Finnlands und Schwedens Die Niederlande, Finnland und Schweden können sich der Argumentation im Entwurf der Antwort auf den Zweitantrag Nr. 43/c/02/21, dass die vollständige Freigabe der angeforderten Dokumente das öffentliche Interesse in Bezug auf die internationalen Beziehungen konkret und tatsächlich beeinträchtigen würde, nicht anschließen, da Teile der angeforderten Dokumente auf öffentlichen Informationen beruhen. Die Niederlande, Finnland und Schweden sind der Ansicht, dass die Teile der Dokumente, die auf öffentlichen Informationen beruhen, freigegeben werden sollten.	
Schriftliches Verfahren vom 2. Februar 2022	CM 1535/22
Delegierte Verordnung (EU) .../... der Kommission vom 15.12.2021 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 95/93 des Rates hinsichtlich der Verlängerung der Maßnahmen zur vorübergehenden Entlastung von den Vorschriften für die Nutzung von Zeitnischen aufgrund der COVID-19-Krise	15170/21
Schriftliches Verfahren vom 2. Februar 2022	CM 138922
Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten – Zweitantrag Nr. 44/c/01/21	5023/22
Schriftliche Verfahren vom 3. Februar 2022	CM 1362/1/22 REV 1
<i>Maßnahme der Europäischen Union zur Unterstützung der Evakuierung bestimmter besonders schutzbedürftiger Personen aus Afghanistan</i> Beschluss (GASP) 2022/151 des Rates vom 3. Februar 2022 über eine Maßnahme der Europäischen Union zur Unterstützung der Evakuierung bestimmter besonders schutzbedürftiger Personen aus Afghanistan ABl. L 25 vom 4.2.2022, S. 11-12	5134/22

Protokollerklärung der Bundesrepublik Deutschland

Deutschland stimmt dem Beschluss des Rates über eine Maßnahme der Europäischen Union zur Unterstützung der Evakuierung bestimmter besonders schutzbedürftiger Personen aus Afghanistan (5134/22) zu. Der Beschluss regelt die Refinanzierung der Kosten, die die Mitgliedstaaten der EU auf sich nehmen, um die Evakuierung von afghanischen Ortskräften der EU zu unterstützen und ermöglichen. Die Prüfung der Einzelfälle obliegt nach wie vor den einzelnen Mitgliedstaaten, die dazu ihre innerstaatlichen Kriterien zur Aufnahme gefährdeter Personen weiterhin anwenden werden. Aus dem Beschluss zur finanziellen Unterstützung durch EU-Haushaltsmittel ergibt sich keine Rechtspflicht zur Identifizierung und Aufnahme von Ortskräften nach den EU Kriterien. Es steht jedem Mitgliedstaat frei, eigene Kriterien oder die Kriterien des Ratsbeschlusses anzusetzen.

Beschluss und Verordnung des Rates über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen angesichts der Lage in Afghanistan 5281/22

Beschluss (GASP) 2022/153 des Rates vom 3. Februar 2022 zur Änderung des Beschlusses 2011/486/GASP über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen angesichts der Lage in Afghanistan

[ABl. L 25 vom 4.2.2022, S. 17-17](#)

Verordnung (EU) 2022/148 des Rates vom 3. Februar 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 753/2011 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen angesichts der Lage in Afghanistan 5283/22

[ABl. L 25 vom 4.2.2022, S. 5-6](#)

Beschluss und Durchführungsverordnung des Rates über restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus – Gemeinsamer Standpunkt 2001/931/GASP – Überprüfung 5223/22

Beschluss (GASP) 2022/152 des Rates vom 3. Februar 2022 zur Aktualisierung der Liste der Personen, Vereinigungen und Körperschaften, für die die Artikel 2, 3 und 4 des Gemeinsamen Standpunkts 2001/931/GASP über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus gelten, und zur Aufhebung des Beschlusses (GASP) 2021/1192

[ABl. L 25 vom 4.2.2022, S. 13-16](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2022/147 des Rates vom 3. Februar 2022 zur Durchführung des Artikels 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/1188 5225/22

[ABl. L 25 vom 4.2.2022, S. 1-4](#)

Mitteilung an die Personen, Vereinigungen und Körperschaften, die in der Liste der Personen, Vereinigungen und Körperschaften aufgeführt sind, auf die die Artikel 2, 3 und 4 des Gemeinsamen Standpunkts 2001/931/GASP des Rates über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus in der durch den Beschluss (GASP) 2022/152 des Rates aktualisierten Fassung und Artikel 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 des Rates über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2022/147 des Rates, Anwendung finden ABl. C 62 vom 4.2.2022, S. 11-12	5234/2/22 REV 2
Mitteilung an die betroffenen Personen, die in der Liste der Personen, Vereinigungen und Körperschaften aufgeführt sind, auf die die Artikel 2, 3 und 4 des Gemeinsamen Standpunkts 2001/931/GASP des Rates über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus in der durch den Beschluss des Rates (GASP) 2022/152 aktualisierten Fassung und Artikel 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 des Rates über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2022/147 des Rates, Anwendung finden ABl. C 62 vom 4.2.2022, S. 13-13	5234/2/22 REV 2
<i>Beschluss und Verordnung des Rates über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen angesichts der Lage in Tunesien</i> Beschluss (GASP) 2022/154 des Rates vom 3. Februar 2022 zur Änderung des Beschlusses 2011/72/GASP über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen angesichts der Lage in Tunesien ABl. L 25 vom 4.2.2022, S. 18-19	5358/22
Verordnung (EU) 2022/149 des Rates vom 3. Februar 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 101/2011 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in Tunesien ABl. L 25 vom 4.2.2022, S. 7-8	5360/22

Schriftliches Verfahren vom 4. Februar 2022	CM 1595/22
Absicht der Kommission, die Erklärung „Eine Vision für die integrierte Wasserbewirtschaftung in unserem gemeinsamen Flusseinzugsgebiet – Aufbau einer nachhaltigen Zukunft im Einzugsgebiet der Donau“ im Namen der EU zu unterzeichnen	5621/22
Schriftliches Verfahren vom 4. Februar 2022	CM 1588/22
Von der Kommission vorgeschlagene Mittelübertragung Nr. DEC 01/2022 innerhalb des Einzelplans III – Kommission – des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022	5064/22
<i>Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassener Arbeitnehmer infolge des Antrags Frankreichs – EGF/2021/005 FR/Airbus</i> Beschluss (EU) 2022/359 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2022 über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassener Arbeitnehmer infolge eines Antrags Frankreichs – EGF/2021/005 FR/Airbus ABl. L 68 vom 3.3.2022, S. 15-16	5587/22
Schriftliches Verfahren vom 4. Februar 2022	CM 1513/22
<i>Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2017/1775 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Mali</i> Beschluss (GASP) 2022/157 des Rates vom 4. Februar 2022 zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2017/1775 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Mali ABl. L 25I vom 4.2.2022, S. 7-16	5705/22
Durchführungsverordnung (EU) 2022/156 des Rates vom 4. Februar 2022 zur Durchführung des Artikels 12 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2017/1770 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Mali ABl. L 25I vom 4.2.2022, S. 1-6	5707/22
Mitteilung an die Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss (GASP) 2017/1775 des Rates, geändert durch den Beschluss (GASP) 2022/157 des Rates, und der Verordnung (EU) 2017/1770 des Rates, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2022/156 des Rates, über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Mali unterliegen ABl. C 63I vom 7.2.2022, S. 1-2	5708/22

Mitteilung an die betroffenen Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss (GASP) 2017/1775 des Rates und der Verordnung (EU) 2017/1770 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Mali unterliegen ABl. C 63I vom 7.2.2022, S. 3-3	5708/22 + COR 1
Schriftliches Verfahren vom 4. Februar 2022	CM 1383/22
<i>Iran: Menschenrechte – Restriktive Maßnahmen – Vorinformation</i> Entwurf der vorgesehenen geänderten Begründungen	5584/22
Individuelle Vorinformationsschreiben	5584/22
Mitteilung an bestimmte Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2011/235/GASP des Rates und nach der Verordnung (EU) Nr. 359/2011 des Rates über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen angesichts der Lage in Iran unterliegen ABl. C 63 vom 7.2.2022, S. 4-4	5584/22
Schriftliches Verfahren vom 7. Februar 2022	CM 1602/22
<i>Erklärung über die Privatsphäre und den Schutz personenbezogener Daten zwischen der Europäischen Union und den Ländern des indopazifischen Raums</i> Ermächtigung zur Aushandlung eines nicht verbindlichen Instruments	5796/22
Schriftliches Verfahren vom 7. Februar 2022	CM 1555/22
Delegierte Verordnung (EU) .../... der Kommission vom 14. Dezember 2021 zur Änderung des Anhangs VII der Richtlinie (EU) 2018/2001 hinsichtlich einer Methode zur Berechnung der Menge der für die Kälteversorgung und die Fernkälteversorgung genutzten erneuerbaren Energie Beschluss, um eine Fristverlängerung zu ersuchen	15050/21 + ADD 1
Schriftliches Verfahren vom 7. Februar 2022	CM 1523/22
Energierat EU-USA – gemeinsame Erklärung Billigung	5939/1/22 REV 1
Schriftliches Verfahren vom 8. Februar 2022	CM 1452/22
<i>Burundi – Artikel 96 des Cotonou-Abkommens</i> Beschluss (EU) 2022/177 des Rates vom 8. Februar 2022 zur Aufhebung – im Namen der Union – des Beschlusses (EU) 2016/394 ABl. L 29 vom 10.2.2022, S. 6-7	5535/22

Beschluss (EU) 2022/178 des Rates vom 8. Februar 2022 zur Aufhebung – im Namen der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten – des Beschlusses (EU) 2016/394 ABl. L 29 vom 10.2.2022, S. 8-9	5536/22
Schriftliches Verfahren vom 10. Februar 2022	CM 1672/22
Entwurf der Tagesordnung der 26. EU-GCC-Tagung (Tagung des Gemeinsamen Rates und Ministertagung) (Brüssel, 21. Februar 2022)	5891/1/22 REV1
Schriftliches Verfahren vom 10. Februar 2022	CM 1622/22
<i>Durchführungsbeschluss und Durchführungsverordnung des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen</i> Durchführungsbeschluss (GASP) 2022/189 des Rates vom 10. Februar 2022 zur Durchführung des Beschlusses (GASP) 2015/1333 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen ABl. L 30 vom 11.2.2022, S. 115-116	5902/22 + ADD 1
Durchführungsverordnung (EU) 2022/183 des Rates vom 10. Februar 2022 zur Durchführung des Artikels 21 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2016/44 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen ABl. L 30 vom 11.2.2022, S. 1-2	5904/22 + ADD 1
Schriftliches Verfahren vom 11. Februar 2022	CM 1681/21
Gemeinsame Erklärung der Innenministerinnen und -minister der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der für Sicherheit zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten des Lateinamerikanischen Ausschusses für innere Sicherheit – Ermächtigung zur Aushandlung eines nicht verbindlichen Instruments	5726/1/22 REV 1

Schriftliches Verfahren vom 11. Februar 2022	CM 1671/21
Standpunkt der Union auf der 225. Tagung des ICAO-Rates (Aspekte, die nicht unter Artikel 218 Absatz 9 AEUV fallen)	5855/22 ADD 1
Schriftliches Verfahren vom 11. Februar 2022	CM 1648/22
Beschluss des Rates über die Unterzeichnung, im Namen der Union, und der vorläufigen Anwendung des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und der Republik Mauritius über die Verlängerung des Protokolls zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung nach dem partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Mauritius	5656/22
Schriftliches Verfahren vom 14. Februar 2022	CM 1704/22
Ermächtigung zur Aushandlung eines nicht verbindlichen Instruments – Krim-Plattform	6099/22
Schriftliches Verfahren vom 14. Februar 2022	CM 1747/21
Standpunkt der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu einer künftigen Resolution der UNEA-5.2 über ein rechtsverbindliches internationales Instrument betreffend Plastikverschmutzung	5847/22
Schriftliches Verfahren vom 15. Februar 2022	CM 1679/21
<i>Beschluss des Rates über den Beitritt der Europäischen Union zu dem Übereinkommen über die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen der Hohen See im Nordpazifik</i> Beschluss (EU) 2022/314 des Rates vom 15. Februar 2022 über den Beitritt der Europäischen Union zu dem Übereinkommen über die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen der Hohen See im Nordpazifik ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 12-13	12617/21 + ADD 1

Erklärung des Rates
Der Rat ist entschlossen, die Aufnahme von Bestimmungen über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen des Übereinkommens verarbeitet werden sollen, in die einschlägigen Rechtsakte der Union anzustreben sowie die Annahme weiterer Vorschriften über diese Verarbeitung durch die Kommission für die Fischerei im Nordpazifik fortzusetzen. Er fordert die Kommission auf, diese Bestimmungen in ihre einschlägigen Vorschläge aufzunehmen.
Erklärungen der Kommission

Erklärung 1:

Der Gerichtshof hat mit seinem Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-103/12 und C-165/12 (Europäisches Parlament und Kommission gegen Rat) eindeutig bestätigt, dass Beschlüsse im Zusammenhang mit dem Abschluss externer Fischereiabkommen in vollem Umfang in den Anwendungsbereich des Artikels 43 Absatz 2 AEUV (in Verbindung mit dem nach Artikel 218 AEUV anwendbaren Verfahren, d. h. Artikel 218 Absatz 6 Buchstabe a Ziffer v für Beschlüsse über den Abschluss von Abkommen) fallen, und den Standpunkt verworfen, dass solche Beschlüsse in den Anwendungsbereich des Artikels 43 Absatz 3 AEUV fallen könnten. Gleiches gilt für den Beitritt zu multilateralen Übereinkommen im Bereich der Fischerei.

In Bezug auf den Beschluss über den Beitritt der Europäischen Union zum Übereinkommen über die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen der Hohen See im Nordpazifik bedauert die Kommission die Änderung des Rates, mit der die materielle Rechtsgrundlage des Artikels 43 Absatz 2 AEUV durch Artikel 43 (ohne Erwähnung des Absatzes) ersetzt wurde.

Die Kommission lehnt zwar die mit qualifizierter Mehrheit erfolgte Annahme der Änderung durch den Rat nicht ab, behält sich jedoch diesbezüglich alle ihre Rechte vor.

Erklärung 2:

Die Kommission ist der Auffassung, dass sich der Beschluss über die Hinterlegung – im Namen der Union – der Urkunde über den Beitritt zum Übereinkommen über die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen der Hohen See im Nordpazifik auf die vom Verhandlungsführer benannte Person beziehen sollte. Daher stehen die Änderungen an Artikel 2, die vorsehen, dass der Rat die Urkunde im Namen der Union hinterlegt, nicht im Einklang mit den Verträgen.

Im Beschluss über den Beitritt zum Übereinkommen über die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen der Hohen See im Nordpazifik sollte angegeben werden, dass die Kommission die Beitrittsurkunde im Namen der Union hinterlegt.

Die Hinterlegung der Urkunde über den Beitritt zu einem internationalen Übereinkommen ist eine Handlung der Außenvertretung der Union, die gemäß Artikel 17 Absatz 1 EUV das institutionelle Vorrecht der Kommission ist.

Der Gerichtshof hat betont, dass eine ständige Praxis der Unionsorgane, die nicht im Einklang mit den EU-Verträgen steht, „die von den Organen zu beachtenden Regeln der Verträge nicht ändern kann“ (Rechtssache C-687/15, Kommission/Rat, EU:C:2017:803, Rn. 42).

Die Kommission lehnt zwar die mit qualifizierter Mehrheit erfolgte Annahme der Änderung durch den Rat nicht ab, behält sich jedoch diesbezüglich alle ihre Rechte vor.

Schriftliches Verfahren vom 17. Februar 2022	CM 1798/22
Verhandlungen über ein Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Kenia – Gemeinsame Erklärung	6143/22
Schriftliches Verfahren vom 17. Februar 2022	CM 1695/22
<i>Beschluss und Verordnung des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Simbabwe</i> Beschluss (GASP) 2022/227 des Rates vom 17. Februar 2022 zur Änderung des Beschlusses 2011/101/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Simbabwe ABl. L 38 vom 18.2.2022, S. 5-7	5640/22
Verordnung (EU) 2022/225 des Rates vom 17. Februar 2022 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 314/2004 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Simbabwe ABl. L 38 vom 18.2.2022, S. 1-2	5642/22
Mitteilung an die Organisation Zimbabwe Defence Industries, auf die restriktive Maßnahmen nach dem Beschluss 2011/101/GASP des Rates, geändert durch den Beschluss (GASP) 2022/227 des Rates, und nach der Verordnung (EG) Nr. 314/2004 des Rates, geändert durch die Verordnung (EU) 2022/225 des Rates, über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Simbabwe Anwendung finden ABl. C 78I vom 18.2.2022, S. 1-2	5643/22 + COR 1
<i>Beschluss und Verordnung des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus</i> Beschluss (GASP) 2022/218 des Rates vom 17. Februar 2022 zur Änderung des Beschlusses 2012/642/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 41-45	14508/21
Verordnung (EU) 2022/212 des Rates vom 17. Februar 2022 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen gegen Belarus ABl. L 37 vom 18.2.2022, S. 4-13	14506/21

Schriftliches Verfahren vom 18. Februar 2022	CM 1784/22
<i>Beschluss des Rates über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union im Rat der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) im Hinblick auf die Annahme der Änderungen zu den Anhängen 1, 6 bis 10, 14 und 17 des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt zu vertreten ist</i> Beschluss (EU) 2022/322 des Rates vom 18. Februar 2022 über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union im Rat der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) im Hinblick auf die Annahme der Änderungen zu den Anhängen 1, 6 bis 10, 14 und 17 des Abkommens über die internationale Zivilluftfahrt zu vertreten ist ABl. L 55 vom 28.2.2022, S. 47-50	5751/22
Schriftliches Verfahren vom 23. Februar 2022	CM 1857/22
<i>Beschluss und Verordnung des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren</i> Beschluss (GASP) 2022/264 des Rates vom 23. Februar 2022 zur Änderung des Beschlusses 2014/512/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren ABl. L 42I vom 23.2.2022, S. 95-97	6493/22
Verordnung (EU) 2022/262 des Rates vom 23. Februar 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren ABl. L 42I vom 23.2.2022, S. 74-76	6480/22
<i>Beschluss des Rates und Verordnung des Rates über restriktive Maßnahmen als Reaktion auf die Anerkennung der nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der Oblaste Donezk und Luhansk und die Entsendung russischer Streitkräfte in das Gebiet</i> Beschluss (GASP) 2022/266 des Rates vom 23. Februar 2022 über restriktive Maßnahmen als Reaktion auf die Anerkennung der nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk und die Anordnung der Entsendung russischer Streitkräfte in diese Gebiete ABl. L 42I vom 23.2.2022, S. 109-113	6482/22

Verordnung (EU) 2022/263 des Rates vom 23. Februar 2022 über restriktive Maßnahmen als Reaktion auf die Anerkennung der nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk und die Entsendung russischer Streitkräfte in diese Gebiete ABl. L 42I vom 23.2.2022, S. 77-94	6484/22
<i>Beschlüsse und Verordnungen des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen</i> Beschluss (GASP) 2022/265 des Rates vom 23. Februar 2022 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 42I vom 23.2.2022, S. 98-108	6456/22
Beschluss (GASP) 2022/267 des Rates vom 23. Februar 2022 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 42I vom 23.2.2022, S. 114-172	6486/22
Durchführungsverordnung (EU) 2022/260 des Rates vom 23. Februar 2022 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 42I vom 23.2.2022, S. 3-14	6458/22
Durchführungsverordnung (EU) 2022/261 des Rates vom 23. Februar 2022 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 42I vom 23.2.2022, S. 15-73	6489/22
Verordnung (EU) 2022/259 des Rates vom 23. Februar 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 42I vom 23.2.2022, S. 1-2	6478/22

Entwurf der vorgesehenen Begründung für die Person, die in den Anhang des Beschlusses 2014/145/GASP des Rates und in Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, aufgenommen werden soll	6498/22
Mitteilung an Herrn Yevgeniy Viktorovich PRIGOZHIN, der den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss (GASP) 2015/1333 des Rates und nach der Verordnung (EU) 2016/44 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen unterliegt ABl. C 88I vom 24.2.2022, S. 5-5	6498/22
Schriftliches Verfahren vom 28. Februar 2022	CM 1899/22
<i>Durchführungsbeschluss und Durchführungsverordnung des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Somalia</i> Durchführungsbeschluss (GASP) 2022/341 des Rates vom 28. Februar 2022 zur Durchführung des Beschlusses 2010/231/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Somalia ABl. L 56 vom 28.2.2022, S. 3-4	6411/22 + ADD 1 + ADD 1 COR 1
Durchführungsverordnung (EU) 2022/340 des Rates vom 28. Februar 2022 zur Durchführung des Artikels 12 der Verordnung (EU) Nr. 356/2010 über die Anwendung bestimmter spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen aufgrund der Lage in Somalia ABl. L 56 vom 28.2.2022, S. 1-2	6413/22 + ADD 1 + ADD 1 COR 1
Mitteilung an die Person, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2010/231/GASP des Rates, durchgeführt durch den Durchführungsbeschluss (GASP) 2022/341 des Rates, und der Verordnung (EU) Nr. 356/2010 des Rates, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2022/340 des Rates, über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Somalia, unterliegen ABl. C 101 vom 1.3.2022, S. 1-2	6504/22 + COR 1
Mitteilung an die betroffenen Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2010/231/GASP des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 356/2010 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Somalia unterliegen ABl. C 101 vom 1.3.2022, S. 3-3	6504/22 + COR 1

Schriftliches Verfahren vom 28. Februar 2022	CM 1944/22
<i>Beschlüsse des Rates über eine Unterstützungsmaßnahme im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität zur Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte und für die Billigung eines Konzeptpapiers</i> Beschluss (GASP) 2022/338 des Rates vom 28. Februar 2022 über eine Unterstützungsmaßnahme im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität für die Bereitstellung militärischer Ausrüstung und Plattformen, die dazu konzipiert sind, tödliche Gewalt anzuwenden, für die ukrainischen Streitkräfte ABl. L 60 vom 28.2.2022, S. 1-4	6656/22
Konzeptpapier	6661/22
Beschluss (GASP) 2022/339 des Rates vom 28. Februar 2022 über eine Unterstützungsmaßnahme im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität zur Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte ABl. L 61 vom 28.2.2022, S. 1-4	6658/22 + COR 1
Schriftliches Verfahren vom 28. Februar 2022	CM 1946/22
Beschluss (GASP) 2022/337 des Rates vom 28. Februar 2022 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 59 vom 28.2.2022, S. 1-17	6627/1/22 REV 1
Durchführungsverordnung (EU) 2022/336 des Rates vom 28. Februar 2022 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 58 vom 28.2.2022, S. 1-18	6630/1/22 REV 1

Mitteilung an die Personen, Organisationen und Einrichtungen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2014/145/GASP des Rates, geändert durch den Beschluss (GASP) 2022/337 des Rates, und nach der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 des Rates, durchgeführt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2022/336 des Rates, über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, unterliegen ABl. C 101 vom 1.3.2022, S. 4-4	6660/22
Mitteilung an die betroffenen Personen, die den restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2014/145/GASP des Rates und nach der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, unterliegen ABl. C 101 vom 1.3.2022, S. 5-6	6660/22